

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Wir brauchen eine Allianz der Reformwilligen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2002) : Wir brauchen eine Allianz der Reformwilligen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 10, pp. 574-575

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41190>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wir brauchen eine Allianz der Reformwilligen

Wie der Dax, so hat sich die Stimmung in Deutschland in diesem Jahr von Monat zu Monat verschlechtert. Dem Einzelhandel brechen die Umsätze weg. Den öffentlichen Haushalten fehlen Steuereinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe. Welthandel und Weltpolitik tun ein Übriges. Erstmals seit 20 Jahren ist 2001 der grenzüberschreitende Handel geschrumpft, und ein bewaffneter Konflikt mit dem Irak scheint unvermeidlich. Unsicherheit greift um sich. Pessimismus macht sich breit. Die Hoffnung auf eine Trendwende wird in der Politik gesehen. Gelingt es der rot-grünen Bundesregierung tatsächlich, das Steuer herumzureißen und Deutschland aus dem wirtschaftlichen Wellental auf Wachstumskurs zu bringen?

Zunächst überwiegen die Zweifel: Mit der Koalitionsvereinbarung wird der harte Kurs einer strengen Haushaltskonsolidierung weichgespült. Zwar soll der milliarden schwere Zuschuss zur Bundesanstalt für Arbeit eingespart werden. Vor allem aber werden Steuern erhöht und neue Schulden gemacht. Die höhere Neuverschuldung und die Steuererhöhungen sind ein ernüchterndes Signal dafür, dass die rot-grüne Bundesregierung auch in der neuen Legislaturperiode weiterhin geneigt ist, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Fehlt Geld, wird nicht etwa gespart. Die maroden Staatshaushalte werden nicht wirklich von Grund auf saniert. Nein, mit hoheitlichem Zwang wird das Geld dort eingetrieben, wo der Aufschrei der Betroffenen polit-ökonomisch kein Gehör findet und vielleicht bei Nichtbetroffenen Zustimmung oder sogar Schadenfreude hervorruft. So werden die Löcher in den öffentlichen Haushalten aber lediglich notdürftig und vorübergehend gedeckt.

Ja, möglicherweise verschärfen Steuererhöhungen sogar das Problem, das sie zu lösen glauben: Höhere Steuern fördern nämlich vielfältige Formen legaler Steuerumgehung und auch die illegale Steuerflucht. Sie schwächen die private Kaufkraft und führen zu Konsum- sowie Investitionszurückhaltung. Gerade in Zeiten konjunktureller Unsicherheit braucht es aber mehr und nicht weniger Geld in den Taschen der Bevölkerung – und zwar bei Arbeitnehmern wie auch bei Selbständigen und Unternehmern. Es bleibt eine Illusion zu glauben, Steuererhöhungen seien geeignet, die öffentlichen Haushalte in Deutschland ins Gleichgewicht zu bringen. Dreht sich die Steuerschraube stärker in die Wirtschaft wird sie immer weitere Kreise der Gesellschaft erfassen. Irgendwann dürften auch die heute scheinbar noch Begünstigten zu den Betroffenen gehören.

Wer wirklich die öffentlichen Haushalte nachhaltig sanieren will, kommt nicht um sehr weitreichende Einschnitte bei den Staatsausgaben herum. An vorderster Stelle stehen dabei die Subventionen. Sie müssten radikal nach der „Rasenmäher-Methode“ gekürzt werden. Keine auch noch so sehr verteidigte Ausnahme darf ausgespart bleiben. Nur so lässt sich ein wenig ergebiger Hickhack über „gute“ und „schlechte“ Subventionen verhindern. Denn niemand kann heute wissen, welche Subventionen aus welchen Gründen sinnvoller sein sollten, als andere.

Die Koalitionsvereinbarungen verdeutlichen auch eines: Die rot-grüne Regierung hat den Grundsatz Machiavellis missachtet, dass das Zeitfenster für weitreichende politische Möglichkeiten nach Wahlen eng begrenzt ist und dass deshalb gleich zu Beginn einer neuen Legislaturperiode Reformnägel mit Köpfen einzuschlagen sind. Der eine oder andere richtige Schritt wird zwar durchaus gewagt.



Thomas Straubhaar

So werden einige Steuerprivilegien gestrichen, ein paar Finanzhilfen gekappt, die Arbeitslosenvermittlung verbessert, die Familienpolitik thematisiert und die Zuwanderungspolitik modernisiert. Alles in allem aber wird zu wenig getan, um veraltete Regulierungen ersatzlos abzuschaffen, Marktmechanismen zu stärken und die sozialen Versicherungssysteme zu modernisieren.

Es bleibt dabei: Die im Koalitionsvertrag umrissene rot-grüne Wirtschaftspolitik geht fraglos nicht weit genug, um die deutsche Wirtschaft von lähmenden Fesseln zu befreien und ihr die notwendige Flexibilität für ein erfolgreiches Überleben im Zeitalter der Globalisierung zu erleichtern. Deutschland würde tiefer gehende Strukturreformen dringender denn je benötigen. Und der demographischen Alterung wegen wird jeder Tag, der verstreicht, das Leben für kommende Generationen nicht einfacher machen - auch deshalb ist eine Politik des Schuldenmachens eine fragwürdige Politik zu Lasten (noch ungeborener) Dritter.

Aber kann die fehlende Reformfreude der rot-grünen Koalition überraschen? Nicht wirklich: Denn die deutschen Wähler(innen) haben sich nun einmal am 22. September für eine Fortsetzung von Rot und Grün und gegen einen Wechsel entschieden. Sie wollen ganz offensichtlich an Besitzständen festhalten. Sie wollen einen Kanzler und eine Regierung, die den deutschen Sozialstaat möglichst unversehrt lassen. Das rot-grüne Wahlsignal will sagen: Stopp für weitreichende Reformen, die Deutschland mehr Eigenverantwortung und Markt, aber weniger Fremdbestimmtheit und Staat zumuten möchten.

Deutschland hat gewählt und sich für den Status quo und gegen tief gehende Reformen entschieden. So banal es ist: In einer Demokratie hat ein Volk jene Regierung, die es wählt. Gewählte Politiker(innen) sind letztlich der Spiegel der öffentlichen Meinung. Wer Reformen will, muss andere Politiker(innen) wählen. Finden sich unter den Kandidaten keine Reformer, darf der Vorwurf der Reformunwilligkeit nicht die gewählten Nicht-Reformer treffen. Vielmehr schlägt er auf jene zurück, die nicht den Mut hatten und haben, die öffentliche Meinung zugunsten von nachhaltigen einschneidenden und schmerzhaften Reformen zu mobilisieren. Wer vor lauter Taktik den Konflikt vermeidet, sollte sich nicht wundern, am Schluss den Reformkampf zu verlieren.

Von der rot-grünen Regierung darf also gar keine fundamentale Reform erwartet werden. Deshalb schießt die Kritik am Ziel vorbei, die nun bei allem und jedem immer wieder über verpasste Reformchancen lamentiert. Es bringt Deutschland nicht weiter, kurze, aber an sich richtige Reformschrittchen ständig zu kritisieren, nur weil sie keine weiten Sprünge sind. Das Hartz-Konzept und ein modernes Zuwanderungsgesetz beispielsweise sorgen in einer verunsicherten, offensichtlich reformkritischen Öffentlichkeit wenigstens für etwas Bewegung. Und jede auch noch so kleine Erfolgsmeldung hilft im Moment, die triste Stimmung aufzuhellen.

Mit Klagen über verpasste Chancen lässt sich das wirtschaftspolitische Steuer in Deutschland nicht herumreißen. Was jetzt notwendiger denn je wird, ist eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung zugunsten weitreichender Reformen. Dieser Stimmungswechsel lässt sich nicht von heute auf morgen erzwingen. Er kann auch nicht von der Politik herbeigeführt werden. Er muss von jenen vielen Deutschen ausgehen, die nicht aufgeben, an die Zukunft Deutschlands zu glauben, obwohl sie oft an der Reformunfähigkeit des Wirtschaftssystems verzweifeln. Es braucht Unternehmer(innen), die für mehr Handlungsfreiheit protestieren; es braucht Selbständige, die mehr Freiräume einfordern; es braucht Arbeitnehmer(innen), die netto mehr verlangen; es braucht Arbeitslose, die sich gegen gut gemeinte, aber falsch wirkende Regulierungen wehren; es braucht Eltern, die für die Chancen ihrer Kinder kämpfen; kurz: es braucht eine Allianz der Reformwilligen, die die Öffentlichkeit überzeugt, dass eine Zukunft ohne Reform keine Zukunft hat!